

Nr. 17/91

Bremen auf dem Weg zum Gender Budgeting

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. September 2007
(Drucksache 17/47)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
vom 19. September 2007**

(Drucksache 17/65)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) ist davon überzeugt, dass bei Aufstellung und Vollzug der öffentlichen Haushalte die Strategie des Gender Budgeting verfolgt werden muss, um langfristig das Ziel einer geschlechtergerechten Gestaltung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben zu erreichen.
2. Bei der Einführung dieses komplexen und vielschichtigen Verfahrens kann das Land Bremen von den Erfahrungen anderer Bundesländer profitieren. Die Bürgerschaft (Landtag) wird daher kurzfristig einen breit angelegten fachlich-politischen Diskurs eröffnen, um die Strategie des Gender Budgeting auf Basis möglichst breiter Akzeptanz zu realisieren.
3. Der Senat wird aufgefordert, sich an diesem Diskurs zu beteiligen und die für den Einstieg in eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik (Gender Budgeting) notwendigen Maßnahmen so kurzfristig wie möglich zu ergreifen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat zu prüfen, wie schon im Doppelhaushalt 2008/2009 erste konkrete Schritte zur Einführung von Gender Budgeting (Pilotprojekte) in möglichst vielen Ressorts realisiert werden können.
5. Der Senat wird gebeten sicherzustellen, dass das Finanzcontrolling im Land Bremen möglichst rasch um den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit erweitert wird.
6. Der Senat wird darüber hinaus gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten, wie auf Basis der in Pilotprojekten gewonnenen Erfahrungen bis zum Ende der Legislaturperiode alle Verwaltungen und alle im öffentlichen Besitz befindlichen Gesellschaften im Land Bremen auf die Strategie des Gender Mainstreaming verpflichtet werden können.

Nr. 17/92

Quotierung der Redeliste – Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft

Antrag der Fraktion Die Linke
vom 11. September 2007
(Drucksache 17/43)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss und den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/93

Übernahme der Kosten für das Mittagessen von Schulkindern, deren Eltern über ein geringes Einkommen verfügen

Antrag der Fraktion Die Linke
vom 12. September 2007
(Drucksache 17/48)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/94

Mittagessen für bedürftige Kinder

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. September 2007
(Drucksache 17/54)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/95

Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes

Antrag der Fraktion der CDU
vom 31. August 2007
(Drucksache 17/33)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 17/96

Übernahme von Kosten für die Erstausrüstung von Schulkindern bei Schuleintritt in Höhe von bis zu 80 €, deren Eltern über ein geringes Einkommen verfügen

Antrag der Fraktion Die Linke
vom 12. September 2007
(Drucksache 17/49)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/97

Perspektiven der Energiewirtschaft im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. September 2007
(Drucksache 17/38)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
vom 19. September 2007**

(Drucksache 17/64)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem ersten Absatz des Änderungsantrages zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den zweiten Absatz des Änderungsantrages ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf darzulegen, wie der angekündigte energie- und klimapolitische Dialog zukünftig ausgestaltet werden soll, welche Potenziale und Entwicklungschancen bei den regional tätigen Energieunternehmen gesehen und welchen Einfluss die zukünftig veränderten energiepolitischen Rahmenbedingungen sowohl auf die Energieversorger als auch auf die Verbraucher haben werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, dass trotz des Verzichts der swb AG auf den Kohlekraftwerksneubau weiterhin der mit Bremer Akteuren und externen Experten vorgesehene Beratungsprozess fortgeführt wird und ein Konzept mit dem Ziel erarbeitet wird, Bremen zum energiepolitischen Kompetenzzentrum Norddeutschlands zu entwickeln.
3. Der Senat wird aufgefordert, eine Strategie für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz zu erarbeiten. Dazu gehört auch die intensive und systematische Suche nach geeigneten zusätzlichen Flächen für die Windkraftnutzung im Lande Bremen und in einer möglichen Kooperation mit dem niedersächsischen Umland. Hierbei soll insbesondere die Rolle der Energieversorger einerseits und des Senats andererseits verdeutlicht werden. Von großem Interesse sind hier auch die Optimierungspotenziale bestehender Kraftwerke und die Möglichkeiten zum Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärmeversorgung.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf darzustellen, wie hoch das Beschäftigungsvolumen in den Bereichen erneuerbare Energien und Ausbau der Energieeffizienz im Lande Bremen ist und wie viele Arbeitsplätze dort in den nächsten Jahren neu entstehen können.
5. Der Senat wird aufgefordert darzulegen, welchen Beitrag das Land Bremen zur Umsetzung der angestrebten nationalen Klimaschutzziele leisten kann.
6. Der Senat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass im energie- und klimapolitischen Dialog die wissenschaftlichen und technischen Kompetenzen der Universität Bremen, der Hochschule Bremen und der Hochschule Bremerhaven einbezogen werden.
7. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) kurzfristig einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Nr. 17/98

Sicherung des Energieerzeugungsstandortes Bremen bei gleichzeitiger Einhaltung der Klimaschutzziele

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. September 2007
(Drucksache 17/55)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/99

A 281 sinnvoll weiter ausbauen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 5. September 2007
(Drucksache 17/37)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/100

Ausbauplanung für die BAB 281

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. September 2007
(Drucksache 17/61)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt weiterhin die Schließung des Autobahnringes aus verkehrs-, wirtschafts- und umweltpolitischen Gründen und erwartet,

dass die Fertigstellung aller Maßnahmen entsprechend der bisherigen Planung im Jahr 2013 vollendet wird.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, dass im Bereich des Bauabschnittes 2.2 – Kattenturm/Huckelriede –
 - im laufenden Planfeststellungsverfahren überprüft wird, ob und wie die Verkehrsbelastung für Kattenturm/Huckelriede gesenkt werden kann;
 - das Bauwerk so gestaltet wird, dass – gegebenenfalls durch Verzicht auf die geplante Querspange – die Belastungen für die angrenzenden Stadtteile und Wohnquartiere so gering wie möglich gehalten werden und auch die städtebauliche Verträglichkeit berücksichtigt wird.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die vom Senat beabsichtigte Einberufung des Runden Tisches und erwartet, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie die örtlichen Stadtteilbeiräte daran in geeigneter Weise beteiligt werden. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt den Senat in seinem Ziel, die Beratungen am Runden Tisch zügig zu einem Ergebnis zu führen, damit die Anlieger ebenso wie alle weiteren Planungsbeteiligten Sicherheit über die weitere Entwicklung erhalten und das Projekt im erforderlichen Zeitraum durchgeführt werden kann.
4. Im Zusammenhang mit dem Bauabschnitt 4 – Weserquerung – fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, die Vorbereitung für das Planfeststellungsverfahren für die E+A-Lösung abzuschließen und das Rechtsverfahren einzuleiten. Bei der Trassenführung ist zu berücksichtigen, dass der Austrittspunkt des Tunnels so weit wie möglich von der Wohnbebauung entfernt angelegt wird.

Nr. 17/101

Klagerecht für den Tierschutz

Bürgerantrag
vom 2. März 2007
(Drucksache 16/1356)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge die Einführung eines Klagerechts für Tierschutzvereine beschließen, mit dem Ziel, Tiere im Land Bremen besser vor Verstößen gegen das Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz und in der Bremischen Landesverfassung, das Tierschutzgesetz und nachgeordnete Rechtsvorschriften zu schützen.

Nr. 17/102

Klagerecht für den Tierschutz

Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 11. September 2007
(Drucksache 17/39)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Erweiterung des Tierschutzgesetzes des Bundes um ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine einzuleiten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/103

Ablehnung des Börsengangs der Deutschen Bahn AG in Gestalt einer „teilweisen Kapitalprivatisierung“ des Unternehmens

Antrag der Fraktion Die Linke
vom 12. September 2007
(Drucksache 17/50)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/104

Ausschuss „Krankenhäuser im Land Bremen“

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. September 2007
(Drucksache 17/62)

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt gemäß Artikel 105 Abs. 1 der Landesverfassung einen ständigen Parlamentsausschuss für Angelegenheiten der Krankenhäuser im Land Bremen ein, dessen Aufgabe die parlamentarische Kontrolle und Begleitung der Angelegenheiten der Krankenhäuser im Rahmen der Zuständigkeit der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ist.

Der Ausschuss hat elf Mitglieder und elf stellvertretende Mitglieder.

Nr. 17/105

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses „Krankenhäuser im Land Bremen“

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses „Krankenhäuser im Land Bremen“:

Von der SPD-Fraktion:

Mitglieder	Stellvertreter/-innen
Arnold-Cramer, Ursula	Bösch, Sybille
Brumma, Winfried	Hiller, Ulrike
Schildt, Frank	Kottisch, Andreas
Ziegert, Helga	Schmidtke, Margitta

Von der CDU-Fraktion:

Mitglieder	Stellvertreter/-in
Dr. Mohr-Lüllmann, Rita	Focke, Dieter
Ravens, Bernd	Perschau, Hartmut
Rohmeyer, Claas	Winther, Sibylle

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglieder	Stellvertreter/-in
Hoch, Doris	Frehe, Horst
Dr. Mohammadzadeh, Zahra	Krusche, Karin

Von der Fraktion Die Linke:

Mitglied	Stellvertreterin
Beilken, Jost	Cakici, Sirvan

Von der Fraktion der FDP:

Mitglied	Stellvertreter
Möllenstädt, Oliver	Dr. Buhlert, Magnus

